



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln am 30.11.2021.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:40 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Manfred Gausebeck	SPD	
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen	
Norbert Gosekuhl	CDU	
Peter Holtrup	SPD	Vertreter für Wolfgang Danziger
Paul Leufke	CDU	Vertreter für Morten Steimann
Dirk Mannwald	CDU	
Hartmut Rulle	CDU	
Arnd Rutenbeck	CDU	Vertreter für Heinz Mentrup
Marco Upmann	CDU	
Jan Van de Vyle	UBG	
Helmut Walter	FDP	

Von der Verwaltung

Doris Block

Stefan Kohaus

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Der Bürgermeister informiert über die Kündigung der interkommunalen Zusammenarbeit durch die Gemeinde Havixbeck. Das Finanzzentrum wird zum 31.12.2022 aufgelöst. Der Bürgermeister unterstreicht, dass er die Zusammenarbeit gerne fortgeführt hätte. Auf die Frage von Ratshern Van de Vyle hin zur Begründung dieser Vorgehensweise teilt der Bürgermeister mit, dass im Kündigungsschreiben keine Argumente mitgeteilt worden seien.

3	Haushaltsangelegenheiten
----------	---------------------------------

3.1	Verwaltungsfinanzbericht zum Stichtag 30.09.2021 Vorlage: 169/2021
------------	---

Frau Block hebt die positive Entwicklung der Gewerbe- und der Einkommensteuer hervor. Der Ansatz der Gewerbesteuer für das Jahr 2021 habe bei 7,0 Mio. Euro gelegen. Die aktuelle Prognose gehe von 8,4 Mio. Euro aus. Die Hochrechnung für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sei mit 11,7 Mio. Euro zu beziffern. Damit werde der Plan mit ursprünglich 11,4 Mio. Euro auch deutlich überschritten. Negativ wirke sich in Höhe von 550 T€ die Abrechnung der Jugendamtsumlage aus der Unterdeckung des Jahres 2020 aus. Eine Rückstellung sei zum 31.12.2021 zu bilden. Dieser Mehraufwand könne durch die gute Steuerentwicklung wieder aufgefangen werden. Weiterhin weist Frau Block auf die Neuberechnung des Corona-Schadens hin, der im Vergleich zum Haushaltsansatz (1,0 Mio. Euro) durch die gute Entwicklung der Einkommensteuer auf 647 T€ reduziert werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst das Gremium folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Verwaltungsfinanzbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3.2 Überplanmäßige Auszahlung für die Sanierung des DRK/ DLRG Gebäudes Vorlage: 177/2021

Frau Block erläutert den Sachverhalt. Die investive Mehrauszahlung sei aufgrund vorhandener Probleme bei der Statik notwendig.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 60 T€ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.3 Überplanmäßige Auszahlung für die Sanierung der Südfassade an der Liebfrauenschule Vorlage: 178/2021

Frau Block erläutert den Sachverhalt. Bei dem Betrag handle es sich ausschließlich um die Südfassadensanierung, so Frau Block auf die Nachfrage von Ratsherrn Walter hin. Die Baumaßnahme sei Sache des Generalvikariats.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 43 T€ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.4 Schulsozialarbeit und Bundesfreiwilligendienst an den Schulen der Gemeinde Nottuln
Vorlage: 167/2021

Ratsherr Gausebeck sieht in der Schulsozialarbeit eine große Notwendigkeit und unterstreicht den Wunsch der SPD, eine weitere halbe Stelle einzurichten. Ratsherr Rutenbeck informiert, dass das Thema im Ausschuss länger diskutiert worden sei. Es sei unmöglich, die Stelle für ein Jahr auszu-schreiben. Eine langfristige Lösung müsse gefunden werden, die er zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht sehe. Er schlägt vor, das Thema präsent zu halten.

Ratsherr Gausebeck stellt den SPD-Antrag, eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt (Ja 3; Nein 10; Enthaltung 0).

Somit ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Die Finanzierung zweier halber Stellen der Schulsozialarbeit wird weitergeführt. Eine Ausweitung der Schulsozialarbeit kann aufgrund der defizitären Haushaltslage allerdings nicht erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 3 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

3.5 Mögliche Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf die Digitalisierung der Schulen
Vorlage: 166/2021

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Auch für das kommende Schuljahr 2022/2023 erfolgt die Finanzierung der iPads für die 5. Klasse durch den Schulträger. Die Geräte werden leihweise und unentgeltlich bis zum Abschluss der 8. Klasse zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.6 Bezuschussung des Tierheimneubaus in Flamschen Vorlage: 124/2021
--

Ratsherr Dammann bewertet die Arbeit des Tierschutzvereins als wertvoll und den Zuschuss als angemessen. Ansonsten müsse die Gemeinde die Arbeit übernehmen, was kostenmäßig teurer sei. Herr Kohaus weist darauf hin, dass es dazu keine rechtliche Verpflichtung gebe. Die Ratsherren Rulle und Walter sehen ebenfalls die Notwendigkeit dieser Arbeit. Ratsherr Walter regt zudem an, die Tierabgabe gebührenpflichtig zu machen, damit das leichtfertige Abgeben von Tieren unterbunden und das Bewusstsein geschärft werde. In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister auch auf Notlagen hin. Ratsherr Van de Vyle befürwortet das Verteilen des Zuschusses über einige Jahre. Ratsherr Gausebeck unterstreicht, dass es sich um eine Gewissensfrage handle und das Tierwohl im Auge zu behalten sei.

Beschluss:

Der Antrag (Anregung nach § 24 GO NRW) wird angenommen. Die Summe in Höhe von 15.000 Euro wird einmalig gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

3.7 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2020 hier: Adaptive Beleuchtung auf dem Steverweg Vorlage: 178/2020/1

In Nottuln gebe es dunkle Wege, so Ratsherr Dammann. Der Steverweg gehöre nicht dazu. Deshalb stellt er für das Installieren der adaptiven Beleuchtung die Förderung zur Bedingung. Ratsherr Rulle weist auf Angsträume hin, die zu beseitigen seien. Er sieht in der adaptiven Beleuchtung ein in die Zukunft gerichtetes Projekt. Auf die Anfrage der CDU an die Verwaltung informiert Frau Block, dass es sich bei der Maßnahme um eine investive Auszahlung handle. Die Deckung für die geringere Förderung (15 T€) könne aus dem Projekt „Kita Neubau Schapdetten“ erfolgen, bei dem nicht alle Finanzmittel gebraucht worden seien. Ratsherr Walter unterstreicht, dass der Weg wegen des angrenzenden Baches in der Dämmerung eine Gefahr darstelle. Ratsherr Van de

Vyle schließt sich der Auffassung von Ratsherrn Rulle an. Ratsherr Rutenbeck weist auf das nahegelegene Wohngebiet hin mit einer großen Zahl an Nutzern an der Stelle. Die Kritik der Grünen sei nicht angemessen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Förderung mit bis zu 35% zu beantragen.

Die Verwaltung wird mit positivem Fördermittelbescheid beauftragt, auf dem Steverweg zwischen Münsterstraße und Autobahn adaptive Beleuchtung zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 3 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

3.8 Stellenplan 2022 Vorlage: 128/2021
--

Ratsherr Dammann regt aufgrund des Einsparungspotentials eine pauschale Kürzung bei den Personalaufwendungen an. Ratsherr Rulle ergänzt, dass durch die natürliche Fluktuation Geld eingespart werden könne. Er informiert weiterhin, dass Analysen in den letzten zehn Jahren ergeben hätten, dass bei Behörden bis zu 10 Prozent der Personalkosten nicht benötigt würden. Vor diesem Hintergrund schlägt er für die Gemeinde Nottuln eine pauschale Kürzung zwischen zwei und drei Prozent vor. Ratsherr Walter schließt sich dieser Auffassung an. Der Bürgermeister empfiehlt, mit einer Kürzung nicht über zwei Prozent zu gehen. Frau Block macht deutlich, dass in den Personalaufwendungen auch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 261 Tausend Euro enthalten seien. Sie sehe pro Jahr 2 bis 2,5 Stellen, die nicht besetzt würden. Das entsprächen rund 160 Tausend Euro. Ratsherr Rutenbeck weist auf künftige Tarifierhöhungen hin, die von den geplanten Personalkosten aufgefangen werden müssen. Ratsherr Gausebeck steht nicht für eine Reduzierung. Wir können uns nicht reich rechnen. Ein gewisser Spielraum müsse bleiben. Im weiteren Verlauf der Aussprache wird eine zweiprozentige Einsparung favorisiert, die nach Abzug der Versorgungsaufwendungen 125 Tausend Euro ausmacht. Der Bürgermeister stellt klar, dass damit keine Stelle unbesetzt bleibe. Im Anschluss formuliert er die Änderung des Beschlusses wie folgt:

Beschluss:

Die Personalkosten sind mit 6.495.123 Euro kalkuliert. Dieser Betrag beinhaltet die Pensions- und Beihilferückstellungen (260.782 Euro) für die aktiven Beamten:innen. Der Differenzbetrag (6.234.341 Euro) bildet die Basis für eine pauschale Kürzung in Höhe von 2 % (= rund 125 T€). Zu besetzende Stellen werden besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 2 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

<p>3.9 Beratung und Beschlussfassung Haushalt 2022 Vorlage: 168/2021</p>
--

Frau Block kündigt an, dass für die Entwicklung eines Nahmobilitätskonzeptes 65 Tausend Euro benötigt würden und auf der Änderungsliste neu zu berücksichtigen seien. Diese Maßnahme werde mit 25 Tausend Euro gefördert. Weiterhin informiert sie, dass durch das Brückenbauwerk Stiftsplatz eine Kostensteigerung wegen der Anpflasterung der Oberflächen in Höhe von 110 Tausend Euro kalkuliert worden sei. Dieser Betrag sei in die Änderungsliste ebenfalls neu aufzunehmen. Des Weiteren weist sie auf die Erweiterung der Sanierungsmaßnahme am Niederstockumer Weg hin, die bis auf einen kleinen Eigenanteil (10 T€) zu fast 100 % gefördert werde. In diesem Zusammenhang unterstreicht sie die herausragende Leistung der beiden Mitarbeiter:innen im Bereich Fördermittelakquise.

Ratsherr Dammann bekräftigt, dass er die Bürger nicht mit der erhöhten Grundsteuer B belasten wolle und beantragt, diese nicht zu erhöhen. Des Weiteren schlägt er vor, die Maßnahme „Baumkonzept Coubertin Straße“ (206 Tausend Euro) zu streichen. Nach einer kurzen Aussprache wird der Streichung der Finanzmittel für diese Maßnahme mehrheitlich zugestimmt (Ja 9 Nein 3 Enthaltung 1).

Ratsherr Van de Vyle betont, dass die Erschließungsbeiträge für das Baugebiet Nottuln Nord zweckgebunden seien und für den Endausbau der Straße eingesetzt werden müssen. In dem Haushalt 2022 sehe es aber so aus, dass dafür Kredite aufgenommen würden. Frau Block informiert, dass die Erschließungsbeiträge bereits im Jahr 2018 vereinnahmt worden seien und der Endausbau im Jahr 2022 anstehe. In den Bilanzen der Jahre 2018 ff. seien die Erschließungsbeiträge als erhaltene Anzahlung bis zur Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme ausgewiesen. Die erhaltenen Erschließungsbeiträge haben somit auch die liquiden Mittel in der Bilanz entsprechend erhöht. Im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung werde der Investitionssaldo ermittelt, in dem alle investiven Einzahlungen eines Jahres berücksichtigt werden müssten.

Zu dem Themenblock „Verschuldung, Kreditaufnahme, Tilgung, Zinsen“ sagt Frau Block eine Be-

ratung im Haupt- und Finanzausschuss vor der Sommerpause 2022 zu.

Ratsherr Gausebeck kritisiert den hohen Betrag (80 Tausend Euro) für die Reparatur der Außenbeleuchtung im Ortskern. Ratsherr Dammann regt an, die Planung dieser Maßnahme im Ausschuss vorzustellen.

Nach Durchsicht und Neuberechnung der Konsolidierungsliste zu den beschlossenen Neuaufnahmen bzw. Streichungen von Projekten liege der echte Konsolidierungsbeitrag bei rund 648 Tausend Euro, so Frau Block. Diese Einsparung ermögliche somit die Auszahlung der freiwilligen Zuschüsse in voller Höhe des Jahres 2021.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2022 unter Berücksichtigung der Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf vom 01.10.2021 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 1 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

3.10 Antrag der UBG: Aktualisierung der Maßnahmenliste Vorlage: 123/2021/1

Zu dem Antrag der UBG-Fraktion bzgl. der Aktualisierung der Aufgabenliste macht Ratsherr Rulle deutlich, dass der Brandschutz die Pflichtaufgabe der Gemeinde Nottuln sei und Priorität habe. Somit lehne die CDU den Antrag ab. Auch Ratsherr Dammann stellt klar, dass die Feuerwehrhäuser gebaut werden müssen und folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Ergänzend weist Ratsherr Rulle auf die dringenden künftigen Pflichtaufgaben, wie z.B. den Hochwasserschutz, hin. Ratsherr Van de Vyle sieht in den Schulen ebenso eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Das Gymnasium kämpfe darum, nicht unterzugehen. Insofern sei eine neue pädagogische Architektur wichtig. Weiterhin führt er aus, dass eigene Versprechungen vergessen würden. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Entscheidungen im Rahmen begrenzter Finanzmittel zu treffen seien.

Der Beschlussvorschlag der UBG wird mehrheitlich abgelehnt. Damit bleibt der Beschlussvorschlag der Verwaltung bestehen.

Beschlussvorschlag der UBG Fraktion:

„Die Prioritäten der Maßnahmenliste wird folgendermaßen aktualisiert: ...“

Siehe Auflistung des Antrages/ Anlage 1

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 10 Enthaltung 2

mehrheitlich abgelehnt

4	Satzungsangelegenheiten
4.1	Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren Vorlage: 131/2021

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Aufgrund der Kalkulation für 2022 bleibt die Satzung unverändert in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 4.2 Abfallbeseitigung**
1) Entwicklung 2021
2) Erläuterungen bzgl. einer potentiellen Einführung kleinerer Restmüllgefäße
3) Kalkulation der Abfallbeseitigungsgebühren 2022
4) Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 152/2021

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

- Zu 1) Die Entwicklung 2021 wird zur Kenntnis genommen
- Zu 2) Die Kalkulation der Abfallbeseitigungsgebühren für 2022 wird zur Kenntnis genommen
- Zu 3) Die Abfallgebührensatzung wird – wie in Anlage 4 - geändert

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 4.3 Kalkulation der Wasserverbandsgebühren**
Vorlage: 155/2021

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Die Kalkulation der Wasserverbandsgebühren 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Satzung über die Erhebung von Wasserverbandsgebühren wird wie in Anlage 3 geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5 Verschiedenes

Ratsherr Van de Vyle regt wegen der Corona-Lage an, das Testen von Personen auch durch die Gemeinde durchführen zu lassen. Herr Kohaus erklärt, dass das Testprocedere ein kompliziertes System sei. Wegen der nicht vorhandenen Kompetenzen könne die Gemeinde zu dem bereits eingestellten System nicht beitragen. Dies liege nicht in dem Kompetenzbereich einer Gemeindeverwaltung, so Ratsherr Rutenbeck. Auf die Frage von Ratsherrn Holtrup hin zu dem 1.000-jährigen Bestehen des Ortsteils Appelhülsen informiert der Bürgermeister, dass der Termin bekannt sei und die Planung in eigener Regie liege.

Dr. Dietmar Thönnies
Bürgermeister
Vorsitzender

Elke Schulz
Schriftführerin